

NRW-Schulpolitik in Zeiten von Corona

Fetisch zentrale Prüfungen – absoluter Vorrang der Abiturprüfung

Schon vor der ersten KMK-Konferenz war erkennbar, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie nicht nur auf der Sachebene geklärt würden. Offensichtlich spielten die Kanzlerambitionen zweier Ministerpräsidenten eine nicht unbedeutende Rolle.



Behrend Heeren
Vorsitzender der
GGG NRW

BEHREND HEEREN

Während MP Armin Laschet (CDU) sich nicht mit seiner Forderung nach frühzeitigen, weitergehenden Lockerungen durchsetzen konnte, verkündete MP Markus Söder (CSU) öffentlichkeitswirksam: „Sicherheit geht vor Schnelligkeit“. Die KMK hatte für den 29. April ein Hygiene- und Gesundheitskonzept vereinbart. Danach sollten die Schulen ab dem 04. Mai wiederbeginnen können. In NRW wurden die Schulen ohne hinreichende Vorbereitungszeit schon ab dem 20. April geöffnet. Offensichtlich wollte MP Armin Laschet zumindest einen Teilerfolg verbuchen. Rational ist nicht nachvollziehbar, dass NRW nicht die zwei Wochen bis zum 04. Mai abwartet, sondern leichtfertig mit der Gesundheit der Lehrer*innen und Schüler*innen und deren Angehörigen umgeht. Während sinnvollerweise die zentralen Prüfungen am Ende der zehnten Klasse faktisch aufgehoben

wurden, finden die Abiturprüfungen unverändert statt. Absurderweise mussten allerdings die Zehntklässler pflichtgemäß zum Vorbereitungsunterricht auf nicht mehr stattfindende Prüfungen zur Schule kommen, während die angehenden Abiturienten freiwillig zur Vorbereitung auf die stattfindenden Abiturprüfungen kommen konnten oder auch nicht. Diese Ungleichbehandlung der mittleren Schulabschlüsse gegenüber dem Abitur zeigt auch, welcher Abschluss als wichtiger angesehen wird. Die schulische Qualifikation der in den Wochen der Pandemie so viel gelobten Helden und Heldinnen des Alltags ist in der Regel der mittlere Abschluss. Dass auch dieser Abschluss mit Qualität unterlegt ist, ist offensichtlich nicht so wichtig. So müssen konsequenterweise ab dem 11. Mai die Schüler*innen der Q 1 zur Vorbereitung auf das Abitur 2021 in die Schulen kommen, während die Schü-

ler*innen des neunten Schuljahres sich nicht auf ihre mittleren Abschlüsse in 2021 vorbereiten müssen.

In modernen Schulen findet Wissens- und Kompetenzerwerb statt. Diese werden von den Schüler*innen durch vielfältige, zahlreiche und moderne Formen der Überprüfung nachgewiesen. Indem die zentralen Prüfungen und hier besonders das Abitur über alles gestellt werden, setzt man ein falsches Signal für die Schulen: teaching and learning for the test. Man lernt für Prüfungen. Das signalisiert ein falsches, rückwärtsgewandtes Verständnis von Schule. Es verhindert eher erfolgreiches Lernen in einer modernen Gesellschaft.

Chancengerechtigkeit

Die sehr unterschiedlichen Möglichkeiten, sowohl die digitalen als auch die konkret schulischen Angebote zur Abiturvorbereitung wahrzunehmen, betrafen alle Schüler*innen. Besonders stark benachteiligt waren einmal mehr die Schüler*innen aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien. Daneben waren die digitalen und unterrichtlichen Angebote der Schulen sehr unterschiedlich. Eine wesentliche Voraussetzung für zentrale Prüfungen, eine vergleichbare Vorbereitung darauf, war nicht gegeben. Alle Schüler*innen

des Abiturjahrganges haben in den zwölf bzw. dreizehn Unterrichtsjahren unzählige Kompetenznachweise, mündliche und schriftliche Prüfungen absolviert. Warum es nicht möglich sein soll, auf dieser Grundlage unter den Bedingungen der Pandemie das Abitur zu vergeben, ist wenig nachvollziehbar. Ein Aussetzen des diesjährigen Abiturs wäre ohne Substanzverlust möglich und gerechter gewesen.

Abiturprüfungen verhindern den Schulbesuch der anderen Schüler*innen

Nach dem Zeitplan zur sukzessiven Öffnung der Schulen kann die Mehrheit der Gesamtschüler und Gymnasiasten frühestens nach dem 26. Mai in einem rollierenden Verfahren in die Schulen kommen. Zu diesem Zeitpunkt laufen noch die Prüfungen im Jahrgang 10, die mündlichen Prüfungen im vierten Abiturfach beginnen erst am 26. Mai. Parallel zu den laufenden Prüfungen wird ein Unterrichtseinstieg für die Mehrheit der Schüler*innen nur sehr eingeschränkt möglich sein: Diese Schüler*innen kommen bis zu den Sommerferien zwei- bis dreimal in die Schule. Schüler*innen und ihre Familien zahlen einen hohen Preis für Abiturprüfungen, auf die ohne wesentliche inhaltliche Abstriche hätte verzichtet werden können.



► **Stellungnahmen, Forderungen, Pressemitteilungen**